Staatsräson Tierquälereien

29.01.2018 14:54

Von Bernd Wolfgang Meyer

https://de.news.search.yahoo.com/search;_ylt=A9mSs3TetG1atK8AGh0zCQx.;_ylu=X3oDMTByZmVxM3N0BGNvbG8DaXIyBHBvcwMxBHZ0aWQDBHNIYwNzYw--?p=VW+Tierversuche&fr=fp-ts&fr2=cosmos

Bemerkenswert ist, daß Tierschutz mittlerweile auf der politischen Bühne präsent ist und die Medien nicht unbedingt nachstehen wollen.

Nach wie vor bemühen die Medien sich aufopfernd, Tiermißbrauch als das Selbstverständlichste darzustellen und das Recht des Menschen, Tiere in jeder Hinsicht allen Absichten des Menschen als natürlich zu unterwerfen. Das kann nur als Systemimmanent verstanden werden. Zumindest Redakteure, wenn eventuell auch nicht alle Journalisten, sind definitiv Antitierschutz ausgerichtet und mit mangelnder Empathie ausgestattet. Redakteure, allerdings, sind auch nur Befehlsempfänger der Arbeitgeber. Von diesen ist bekannt, daß die namhaften und entscheidenden, Litz Mohn und Friede Springer, beste Freundinnen der Merkel sind, von der noch nie eine Lanze für Tiere gebrochen wurde. Die Medienleitlinien orientieren sich analog anthroposophischer Richtlinien, nach denen es keine schlechten Menschen geben kann und darf. In radikaler ideologischer Verblendung wird die Einzigartigkeit des Menschen unter den Lebewesen bemüht und mit den passenden Adjektiven, schrecklich, ein Menschentod, normal ein Tiertod im Schlachthaus und das ausufernde Verständnis für die armen Schlachter, die nichts dafür können, weil sie zu wenig verdienen, ausgeschmückt. Aus diesem Kontext erklärt sich auch das mediale faible für phantastische Phantasien in Bezug zu Religionen.

In der Politik gestaltet sich die Sache differenzierter. Die Masse der 709 Parlamentarier setzen sich aus Rechtsanwälten zusammen, Leuten, die nichts anderes gelernt haben, als die Spielregeln der Gesellschaft. Gleich anschließend folgen die mit Bauern bezeichneten Mäster, die in junger Vergangenheit die Lehrer vom zweiten Platz verdrängt haben. Erstere haben gemein, daß sie zu den auserwählten Berufen gehören, die auch mit mäßiger, oder überhaupt keiner Leistung, gesetzlichen Anspruch auf Honorar verkörpern und die zweite Berufsgruppe vertritt ihr ureigenes Berufsmodell, in dem Wohltaten für Tiere fehl am Platze und geschäftsschädigend sind. Sie sind nichts anderes, als Lobbyisten zum eigenem Vorteil, in der camuflage eines "Volksvertreters" und dürfen regelmäßig die entscheidenden Landwirtschaftsminister stellen. Dem Viehwirt wird somit die herausragendste Position in unserer Demokratie geboten. Einer Bevorzugung, die anderen Berufszweigen versagt bleibt. Die Egoistik ist für beide Gruppen Maßstab, oder benchmark.

Es steht nicht zu erwarten, daß beide Berufsgruppen, die weit mehr als Zweidrittel der Abgeordneten ausmachen, sich für Interessen anderer Coleur einsetzen und einsetzen werden.

Anders ist nicht zu verstehen, daß selbst solch drastische Information, wie die Dokumentation über Tierverschleppungen und sadistische Quälereien als Vorspiel zu Schlachtorgien so gar keinen Eindruck auf

diese hohen Herren machten, es sei denn, sie haben sich nicht der Mühe unterzogen, den Film zur Kenntnis zu nehmen. Aber genau dafür bezahlen wir sie. Die Wahrnehmung der Wahrheit und gerechtes Handeln.

Der gemeine Abgeordnete wird pro Monat der Legislaturperiode mit € 9 541,74, genannt Aufwandsentschädigung. € 4 318,38, genannt Aufwandpauschale. € 1 000,--, genannt Telefon und Büromaterial. € 20 870,--, genannt Mitarbeiterstab, so sie Opa und Oma beschäftigen wollen, diätiert. Jeder gemeine Abgeordnete, von denen viele zeitlebens noch nie Bekanntschaft mit Arbeit gemacht haben, erhält vom Steuerzahler somit monatlich exakt € 35 730,12 und damit pro Legislaturperiode € 1 715 045,70.

Ein Schelm, der darauf hinweist, daß endlose vorgetäuschte Verhandlungen zu hunderttausenden Mehrbezügen im Rahmen einer "geschäftsführenden" Regierung führen, so sie unbedingt über Monate gestreckt werden können. Und bei acht Jahren Zugehörigkeit besteht der unverbrüchliche Anspruch auf lebenslange, sehr üppige Versorgung. Bei einem vorzeitigem Abschied winkt überdies das lukrative "Überbrückungsgeld", damit Not nicht eintritt, bevor die lukrative Stellung in der Industrie und der Verkauf von politischen Verbindungen angetreten werden kann. Eine Arbeitspflicht besteht nicht. Leistung ist generell unerwünscht.

Der FDP ist zu verdanken, ein Novum, außer dem Hobbyschlachter Lindner scheint es da doch noch Andere zu geben, daß sie am 18. Januar die Thematik des universellen Handels mit Tieren unter dem Titel "unwürdige Tiertransporte stoppen" auf die Agenda des Bundestages gebracht hat. Von den 709 Abgeordneten, zweitgrößtes Parlament der Welt, verblieben 312, nachdem ohnehin kaum die Hälfte erschienen waren und etliche den Saal verließen, weil sie der Thematik und dem Antrag keine Bedeutung zumaßen. Die Fraktion der AfD, die vollständig versammelt war, stellte daraufhin den Antrag der Feststellung der Beschlußfähigkeit, für die zumindest die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein müssen.

Die Abgeordneten wurden angewiesen den Plenarsaal zu verlassen und erneut zu betreten, damit sie gezählt werden konnten. Daraufhin wurde festgestellt, daß die Beschlußfähigkeit nicht gegeben war und folglich der Antrag der FDP zurückgewiesen.

Claudia Roth: "Es kann nicht erwartet werden, daß alle Abgeordneten zu jeder Beschlußfassung erscheinen".

Die Realität in einem korruptem, verwesendem Land, in dem eine Clique den Staat zur Beute nahm.